



Verwaltungsgericht Köln • Postfach 10 37 44 • 50477 Köln

Seite 1 von 1

Herrn  
Roman Czyborra  
Bouchéstraße 53, Gartenhaus  
12059 Berlin

Geschäfts-Nr.:  
20 L 709/12  
(Bei Antwort bitte angeben)  
Tel.: 0221-2066-0  
Durchwahl: 0221-2066-201  
Telefax: 0221-2066-457

Datum: 05.06.2012

Sehr geehrter Herr Czyborra,

in dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

Roman Czyborra gegen Land Nordrhein-Westfalen

ist die Anhörungsrüge am 02.06.2012 bei Gericht eingegangen.

Auf die Verfügung vom 04.06.2012 im Verfahren 20 L 668/12 wird Bezug genommen.

Es wird darauf hingewiesen, dass Behörden, Rechtsanwälten und Rechtsanwältinnen Beschlüsse, Urteile und Verfügungen des Gerichts ausschließlich per Fax übersandt werden; dem Fax folgt kein Original per Post.

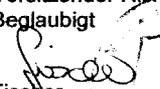
Mit freundlichen Grüßen

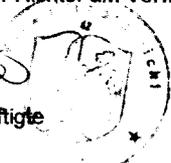
Der Vorsitzende der 20. Kammer

Stemshorn

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht

Beglaubigt

  
Fischer  
VG-Beschäftigte



Hausanschrift/Nachtbriefkasten  
Appellhofplatz  
50667 Köln  
Eingang: Burgmauer

U-Bahn:  
Haltestelle Appellhofplatz

Gleitende Arbeitszeit:  
Kernarbeitszeit  
Montag bis Donnerstag  
8.30 – 15.00 Uhr  
Freitag 8.30 – 14.00 Uhr  
[www.vg-koeln.nrw.de](http://www.vg-koeln.nrw.de)



## Verwaltungsgericht Köln

### Beschluss

20 L 709/12

In dem verwaltungsgerichtlichen Verfahren

des Herrn Roman Czyborra, Bouchéstraße 53, Gartenhaus, 12059 Berlin,

Antragstellers,

gegen

das Land Nordrhein-Westfalen, vertreten durch das Polizeipräsidium Köln, Walter-Pauli-Ring 2-6, 51103 Köln,

Antragsgegners,

wegen versammlungsbehördlichem Einschreiten, hier: Anhörungsrüge

hat die 20. Kammer des Verwaltungsgerichts Köln

am 05.06.2012

durch

den Vorsitzenden Richter am Verwaltungsgericht

den Richter am Verwaltungsgericht

die Richterin am Verwaltungsgericht

Stemshorn

Rusch

Dr. Titze

beschlossen:

Die Anhörungsrüge des Antragstellers gegen den Beschluss der Kammer vom 29.05.2012 – 20 L 668/12 – wird als unzulässig verworfen.

Der Antragsteller trägt die Kosten des Rügeverfahrens (§ 154 Abs. 2 VwGO).

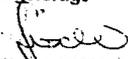
**Gründe:**

Die erhobene Anhörungsrüge ist nach § 152 a Abs.1 Nr. 1 VwGO unzulässig, denn gegen den angegriffenen Beschluss der Kammer betr. den vom Antragsteller gestellten Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 123 VwGO ist das Rechtsmittel der Beschwerde gegeben (§§ 146 Abs. 1, 4; 147 VwGO).

Stemshorn

Rusch

Dr. Titze

Ausgefertigt  
  
Verfahrensstellenangehört als  
Urkunde des Geschäftsstelle